Einzelnummer 1 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Dienstag, 26. IV. 1921.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

...31

Abonnement monatl. K 7.— ½jährl. K 20.—

Das „Jüdische Volksblatt" ist kein Lokalblatt, sondern als Versand... dazu berufen, den natio... kulturellen und wirtschaft... ...ssen der bewußten ... im ganzen tschecho... ...ben St... und in Gali... ...dienen. ...erate kosten ...die Sp... gespaltene Mil... ...Anträge für In... ...ehmen außer der ...alle größeren An...noncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

18. Nissan 5681.

Keren Hajessod.

Keren Hajessod in Bessarabien.

In Kischinew fand eine Massenversammlung statt, an der über 3000 Personen teilnahmen. Eine Reihe hervorragender zionist. und nichtzionistischer Persönlichkeiten sprachen sich für die Maasser-Idee aus, die alsdann einstimmige Annahme fand. Die Besteuerung der Zionisten in Kischinew — 200 Personen — ergab 2½ Millionen Lei. (K. Z.).

Keren Hajessod in den Ostseestaaten.

Zur Förderung der Keren Hajessod-Aktion in den baltischen Staaten ist Prof. Dr. Heinrich Löwe nach Riga abgereist. Bei einer Versammlung in Reval, wo der aus Sowjet-Rußland zurückgekehrte Dr. Eder, Mitglied der Exekutive, einen Vortrag hielt, wurden für den Keren Hajessod 800.000 estnische Mark gezeichnet. — Nach Litauen reist Dr. Jakob Klatzkin, um dort die Keren Hajessod-Arbeit zu fördern. (Z. K.).

Keren Hajessod in Ostgalizien.

In Lemberg fand eine Versammlung prominenter jüdischer Persönlichkeiten aus allen Lagern zur Einleitung einer gemeinsamen Keren Hajessod-Aktion statt. Anwesend waren u. a. der Präsident der Kultusgemeinde Dr. Diamand, der Präsident des Rettungskomitees Dr. Parnes, der Präsident der B'nei Brith-Loge Professor Schorr, orthodoxe und liberale Rabbiner und eine größere Anzahl anderer bedeutender jüdischer Persönlichkeiten. Alle Anwesenden erklärten sich zu eifriger Mitarbeit für den Keren Hajessod bereit. Es soll ein großes Bürgerkomitee zur Durchführung der Aktion ins Leben gerufen werden. (K. Z.).

Keren Hajessod in Oberschlesien.

Im Anschluß an den Oberschlesischen Gruppenverbandstag besuchte Herr Otto Lehmann die Plätze Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz, Ratibor, Königshütte, Zabrze, Gleiwitz, Groß-Strehlitz und Oppeln. Er sprach in allen diesen Versammlungen, die zum Teil von den Logen, Gemeinden und lokalen jüdischen Verbänden gemeinsam veranstaltet wurden. Zahlreiche führende Nichtzionisten (Rabbiner, Gemeindevertreter, Logenpräsidenten) gaben die Zusicherung tatkräftiger Mitarbeit. Gemischte Komitees aus Zionisten und Nichtzionisten wurden teilweise bereits gebildet, teilweise vorbereitet.

Holland. Die Einnahmen des Keren Hajessod in Holland sind neuerdings um 50.000

(Fortsetzung auf Seite 2).

Die englische Mandats-Politik.

(Von unserem H. Korrespondenten.)

London, 12. April 1921.

Churchill ist von seiner Reise nach Aegypten und Palästina zurückgekehrt und hat die Geschäfte im Kolonialamt übernommen. Er hat Lloyd George sofort einen Bericht über die Resultate seiner Reise erstattet. Die Oeffentlichkeit aber wird über diese Resultate wohl erst durch die im Parlament abzugebende Erklärung zu hören bekommen; vorläufig ist das Parlament vollauf mit der industriellen Krisis und der Gefahr des Generalstreiks beschäftigt.

Churchill hat auf dem Heimweg in Paris Halt gemacht und den Ministerpräsidenten Briand in Bezug auf die Frage der Mandate im nahen und mittleren Osten gesprochen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" gibt dem Glauben Ausdruck, daß auf beiden Seiten die Hoffnung und der Wille auf die Wiederherstellung der englisch-französischen Entente im nahen Osten besteht. Der diplomatische Korrespondent glaubt berichten zu können, daß Churchill in Aegypten und Jerusalem den französischen Vertretern ganz klar gemacht hat, daß die englische Regierung und der Oberkommissär Sir Herbert Samuel sich bemüht haben, die franzosenfeindliche Stimmung der arabischen Stämme zu mildern, sodaß die Franzosen verpflichtet wären, der antienglischen und antizionistischen Propaganda Einhalt zu tun. Daß Churchill diese Feststellung gegenüber Monsieur Robert de Caix abgegeben hat, ist sicherlich von Nutzen, denn gerade Monsieur de Caix, der in den letzten Monaten General Gourand im Amte des Oberkommissärs für Syrien vertreten hat, hat selbst Anlaß zu dem Vorwurf gegeben, daß er eine antizionistische Propaganda ermutigt.

Die Mandatsfrage hat inzwischen viel von ihrer Schärfe verloren, da die wiederholten Anfragen an die Regierung keine neuen Gesichtspunkte zu Tage gebracht haben. Bei allen diesen Anfragen ist es im übrigen klar geworden, daß abgesehen von der Frage, ob es ein konstitutionelles Recht des Parlaments ist, die einzelnen Bestimmungen der Mandatsentwürfe zu besprechen, das Palästina-Mandat im englischen Parlament kaum große Angriffe erfahren dürfte. Die Protestbewegung im Parlament, die sich auf Sparsamkeitsmotive stützt, richtet ihre Spitze praktisch fast ganz gegen das mesopotamische Mandat. Die Frage ist, ob Churchill versuchen wird, eine Situation zu schaffen, auf Grund welcher er versprechen könnte, daß die arabischen Wünsche befriedigt sind, und daß deshalb eine schnelle Reduzierung der Ausgaben erwartet werden kann. Es ist möglich, daß in diesem Zusammenhang Churchill die Wünsche Emir Abdullah's auf Anerkennung in Transjordanien in Betracht zieht. Die Frage ist, ob er sich wirklich entschließen wird, eine solche Kompromißpolitik vorzuschlagen, deren Resultat in bezug auf Mesopotamien ungewiß und in bezug auf Palästina und der französischen Mandatspolitik in Syrien jedenfalls nicht günstig ist. Dazu kommt, daß derartige Maßnahmen für die Klärung des amerikanisch-englischen Disputes in der Frage der ökonomischen Ausnützung Mesopotamiens wenig bedeuten. Diese Auseinandersetzung ist noch immer aktuell und gibt zum Beispiel dem „Observer" Anlaß, zur Feststellung, daß Großbritannien im allgemeinen von den Mandaten keinerlei materiellen Nutzen hat, sondern im Gegenteil Ausgaben und Verpflichtungen, um aber gerade in dieser Frage alle Vorwürfe und Mißdeutungen auszuschließen, müsse England strenge darauf sehen, daß die Mandatsverpflichtungen genau erfüllt werden. Die Differenzen mit Amerika bezüglich der Mandate könnten vielleicht am besten durch eine Konferenz mit Amerika beseitigt werden.

Diese Anregung dürfte kaum zu praktischen Konsequenzen führen, da zunächst die Stellung Amerikas zum Völkerbund überhaupt in den Vordergrund tritt und zur Folge hat, daß über kurz oder lang die Frage ernst zur Behandlung kommen wird, welche Konsequenzen sich hieraus für die Stellung des Völkerbundes ergeben.

Sir Alfred Mond.

Sein Lebenslauf.

(Z. K.) Sir Alfred Mond ist in der letzten Zeit in immer stärkerem Maße in der zionistischen Bewegung hervorgetreten. Das Interesse an seiner Persönlichkeit ist in zionistischen Kreisen in gleichem Maße gewachsen. Sir Alfred Mond steht jetzt im 53. Lebensjahre. Sein Vater, der verstorbene Dr. Ludwig Mond, war ein hervorragender Chemiker; er stammte aus Kassel, wo er 1839 geboren war. Dr. Mond kam im Mai 1862 nach England und ließ sich später in Lancashire nieder, wo er zusammen mit dem verstorbenen Sir John Brunner die berühmte Alkali- und Chemikalienfabrik Brunner, Mond & Co. gründete. Kurz nach der endgültigen Niederlassung Dr. Monds in England wurde Alfred Mond in Farnworth bei Widnes, Lancashire, am 23. Oktober 1868 geboren. Er wurde in Cheltenham College und später in St. Johns College, Cambridge, und an der Edinburger Universität ausgebildet. Nach Verlassen der Universität bildete er sich juristisch weiter aus. 1894 heiratete er und begann nun, aktiv Anteil an seines Vaters Geschäft zu nehmen, das bald zu einem der größten Fabrikunternehmen des britischen Reiches anwuchs. Alfred Mond bewies sich bald als eine erste kaufmännische Kraft. Er wurde leitender Direktor der Firma Brunner, Mond & Co. Ltd., ferner Vorsitzender der Mond Nickel Co. Ltd., Direktor der South Staffordshire Mond Gas (Kraft- und Heizungs) Co., Vorsitzender der Power Gas-Corporation und Vorsitzender der „Westminster Gazette" Syndicate Ltd. Alle diese Aemter gab er bei Antritt seines Postens bei der jetzigen Regierung 1916 auf. 1906 trat er in das Parlament als liberales Mitglied für Chester ein, das er bis 1910 repräsentierte. In diesem Jahre wurde er für Swansea Town gewählt, das sein Wahlkreis blieb. Er gewann bald Bedeutung im Unterhause und wurde in kürzester Zeit als einer der kommenden Männer der liberalen Partei betrachtet. Zusammen mit Carl Beauchamp, der Mitglied des britischen Kabinetts war, wurde er als Ehrenschatzmeister der Free Trade Union gewählt. Er trat sehr eifrig für den Freihandel in Wort und Schrift ein und befaßte sich auch mit sonstigen politischen Fragen. Artikel aus seiner Feder über den Alkalihandel erschienen in verschiedenen größeren Zeitungen und Zeitschriften. 1912 veröffentlichte er eine Sammlung seiner Reden und Artikel unter dem Titel „Augenblicks- und Zukunftsfragen". Ferner hatte er eine große Reihe von Ehrenposten inne, so z. B. Vizepräsident des Marinebundes, Präsident der Mansion House Association für Bahn- und Kanalverkehr, Mitglied der Royal Institution, Vorsitzender der Swansea-Abt. der Anglo Jewish Association.

Seinen Titel erhielt er 1910, und 1913 wurde er zum Geheimen Rat ernannt. Während des Krieges (im Dezember 1916) trat er ins Ministerium als erster Kommissär für öffentliche Arbeiten ein, ein Posten, den er jetzt mit dem des Ministers für öffentliches Gesundheitswesen vertauscht hat.

Es war natürlich unausbleiblich, daß ein Jude, der sich in der Geschäftswelt, sowie in politischen Kreisen ausgezeichnet hatte, die Feindschaft der rabiaten Antisemiten zuziehen mußte. Verleumderische Angriffe auf Sir Alfred Mond erschienen, und dieser reichte Beleidigungsklagen ein, welche zu seinen Gunsten unter Zusprechung hoher Entschädigungen ent-

Feuilleton.

Unsere Frauenfrage.

Ein Brief aus Palästina.

In dem eben erschienenen 12. Heft des fünften Jahrganges des „Juden" findet sich der nachfolgende Brief, der die Frauenfrage von ganz anderen als den sonst üblichen Aspekten betrachtet.

Ich will versuchen, H. H. Cohn auf ihren Artikel „Frauenfragen" („Der Jude" Nov.-Dez. 20) zu antworten.

Von Europa aus gesehen, haben die Erscheinungen des palästinensischen Lebens manchmal schönere, manchmal häßliche Farben als in Wirklichkeit. Manches faßt man dort als Uebel auf und es ist — näher gesehen, hier ein Vorteil. Und manchmal ist es umgekehrt.

Die Frauenfrage in Palästina z. B. ist hier durchaus nicht so kompliziert, wie in Europa und ich glaube, daß wir palästinensischen Frauen uns mit Recht dagegen wehren werden, wenn in Europa eine jüdische Frauenwelt-Organisation gegründet wird, welche sich die Aufgabe stellt: Erziehung der Frauen in Palästina für das Haus und die Familie.

Theoretisch klingt das sehr schön, und wer das palästinensische Leben nur oberflächlich kennt, wird tatsächlich finden, daß das Familienleben in Palästina dem in Europa üblichen nachsteht. Daß tatsächlich die mehr Kinder Trachom und Kopfflechten haben, als in Europa, daß es schwerer ist, auf die Eltern der Schulkinder Einfluß zu nehmen als drüben usw. Sieht man sich die Sache aber näher an, so handelt es sich meist um Mütter, die vom alten Jischub stammen, ein im allgemeinen sehr unbrauchbares Menschenmaterial. Man wird aber außerdem die Wahrnehmung machen, daß eine ganze Anzahl Frauen und Mütter des neuen Jischub ihr Haus nicht so führen, wie es sich ein jüdischer Frauenklub in Europa träumt. Ja, es gibt sogar Frauen, die den Mann und die Kinder für lange oder gänzlich verlassen; entweder, um irgendeinen Beruf zu ergreifen, oder um sich dafür vorzubereiten. Und die es nicht tun, sind in der glücklichen Lage, entweder schon einen Beruf zu haben, oder sie sind Angehörige der hier verhältnismäßig kleinen bürgerlichen Klasse, wo der Mann tatsächlich soviel Geld verdient, um sich den Luxus eines Familienlebens gestatten zu können.

Ich wiederhole: Luxus. Denn — sehen wir uns einmal die gerühmte europäische jüdische Gattin und Mutter an. Sie hat tatsächlich die Kraft, in ihrem Haus und in ihren Kindern aufzugehen. Ist das aber wirklich wertvoll und wichtig? Hat diese Frau sich in Europa tatsächlich so bewährt, daß wir sie nun auch hier wünschen, ja sogar heranziehen sollen? Ich bezweifle es. Ich sehe, daß diese in sich eingekapselten von der Umwelt abgeschlossenen Familien die Zellen des Körpers bilden, der gerade wirklich jeder Umgestaltung Widerstand leistet. Die gute Hausfrau und Mutter — sie ist die Vorsteherin des Haushaltes, dessen Sklave der Mann ist; für diesen Haushalt, für die wenigen Stunden, welche der Mann zu Hause ist, verkauft er seine Talente, dafür wird er zur Maschine, und nicht selten verkauft er seine Ueberzeugung und sein Gewissen. Fraget die jüdischen Kriegsgewinner Europas, ob sie für sich das Geld brauchen, das sie mit solcher Hast und Gier verdienen, und sie werden euch antworten, daß es für die Frau und für die Kinder ist, denen sie eine sichere Zukunft schaffen wollen. Fraget unsere Gesinnungsgenossen, die früher so begeistert waren und heute flau und entfernt sind, wenn sie nicht zufällig in jüdischen Aemtern sitzen, nach der Ursache ihrer Umwandlung und sie werden lakonisch ihren Chaiing zeigen. Ich kenne viele Männer, die im Grunde ihres Herzens gute Sozialisten sind und welche doch ihre Mitarbeiter ausbeuten, weil es die Tradition verlangt, daß die Frau „versorgt" werde.

Alle diese „Rechte" verachtet die geschmähte palästinensische Frau. Sie ist mit dem Bewußtsein herübergekommen, am Aufbau des Landes, am Aufbau eines neuartigen Gemeinwesens teilzunehmen. Neuartig — denn niemand von uns weiß, wie das aussehen wird, was wir bauen. Aber jeder und jede von uns ist sich dessen bewußt, und jeder, und jede hat sich diesen Eid geleistet: hier darf niemand ausgebeutet und unterdrückt werden. Hier muß es Freiheit geben und Gerechtigkeit. Das ist das einzig positive Ziel, dem wir alle, wenn auch auf oft getrennten Wegen zustreben.

Und daher, um dieser großen Ziele willen, kommt es, daß das Familienleben oft einen „Knacks" bekommt. Denn die Familie als Wirtschaftseinheit ist für palästinensisches Leben unpraktisch und kostspielig.

Sehen wir uns einmal die palästinensische Schichtung in Wirklichkeit an.

Da ist einmal der Kolonist. Sobald er mit arabischen Hilfskräften arbeitet, weil sie sich ausbeuten lassen, kommt er nicht in Betracht. Er ist uns so fern, wie der Bankier oder der Fabrikant in Europa.

Als Berufszweig auf der Skala des Einkommens, der nach dem Kolonisten rangiert, ist der Kaufmann zu nennen, der dem europäischen Kaufmann in der Art und Gestaltung der Lebensführung etwa gleichkommt.

Dann die Beamtenschaft der Zionistischen Kommission. Soweit ich da einen Einblick habe, sind die Familien sehr gut gestellt, die Kinder sehr gut gepflegt und das Haus gut bewirtschaftet. Ebenso in den Familien der Aerzte der Hadassah; aus dem einfachen Grunde, weil das Einkommen da ist, weil das Heute und das Morgen gesichert sind.

Sehr schlecht ist es um die Familien der Lehrer bestellt. Die Gehälter der Lehrer stehen denjenigen der Beamten weit nach und es ist ihnen infolgedessen furchtbar schwer, eine Familie zu erhalten. Ich möchte einmal die Frauen, die den schönen Vorsatz gefaßt haben, die Frau für die Familie zu erziehen, einladen: Kommet erst her, seht einmal bescheiden zu. Wie werdet

Keren Hajessod.

(Fortsetzung von Seite 1.

Fl. auf 400.000 Fl. gestiegen. Davon entfallen 105.000 Fl. auf die Zeit nach dem 1. Jänner.

Portugal. Dr. Benzion, der Vertreter des Keren Hajessod in Portugal, wurde zusammen mit dem Präsidenten des dortigen Keren Hajessod-Komitees und dem Präsidenten der portugiesischen zionistischen Föderation Benarus am 3. April vom Präsidenten der portugiesischen Republik empfangen.

Bulgarien. Die Konferenz der zionistischen Funktionäre Bulgariens verpflichtete sich in den nächsten Jahren für den Keren Hajessod eine Mindestsumme von 25 Millionen Leva zu sammeln. Das Minimum eines Jahresbeitrages wurde auf 350 Leva festgesetzt. Das Maasserprinzip wird anerkannt. Der ins Auge gefaßte Betrag wurde gleichzeitig in engl. Pfund festgesetzt und soll bei etwa sinkender Währung in unveränderter Höhe in engl. Pfund gesammelt und abgeführt werden. Es wird ein Direktorium des Keren Hajessod für Bulgarien gebildet, bestehend aus 5 Zionisten und 3 Nichtzionisten. (Z. K.).

---

schieden wurden, während die Richter sich sehr lobend über seine öffentliche Tätigkeit aussprachen.

Von Anbeginn an war Sir Alfred Mond ein eifriger Anhänger der Balfour-Deklaration; er wurde Mitglied des Komitees für die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas, dem Sir Herbert Samuel vorstand. Im Jahre 1919 demonstrierte er seine praktische Sympathie für den Zionismus, indem er dem Jüdischen Nationalfonds den Betrag von 25.000 Pfund Sterling stiftete, zahlbar in fünf Jahresraten. Seine weitere Tätigkeit innerhalb des Zionismus ist bekannt.

Inland.

Ein jüdisches Landesspital für die Slowakei.

In Bratislava fand am 10. d. M. die konstituierende Generalversammlung des Jüdischen Spitalsvereines statt, welcher die Vertreter aller jüdischen Richtungen beiwohnten. Die Versammlung ergab völlige Einmütigkeit über das zu schaffende Werk, welches mit der völligen Unzulänglichkeit des jüdischen Spitals von Preßburg notwendig geworden ist. Die Versammlung, auf welcher die Wahl der Funktionäre erfolgte, hatte einen großen moralischen Erfolg und man hofft bald an die Schaffung des jüdischen Landesspitals schreiten zu können.

Oesterreich.

Popper-Lynkeus schenkt seine Bibliothek der jüdischen Nationalbibliothek in Jerusalem.

Der letzten Sitzung der Wiener Gesellschaft zur Gründung von Sammel- und Forschungsstellen für die jüdischen Kulturinstitute in Palästina lag ein Schreiben von Josef Popper-Lynkeus vor, in welchem der greise Dichterphilosoph mitteilt, daß er seine gesamte Bibliothek der jüdischen Nationalbibliothek in Palästina vermache.

Diese Schenkung des berühmten Gelehrten ist eine große Bereicherung der jüdischen Nationalbibliothek. Die umfangreiche Bücherei, von Popper-Lynkeus mit großer Liebe und Sachkenntnis von früher Jugend angelegt, enthält vorzüglich wissenschaftliche Werke, insbesondere aus den Disziplinen: Mathematik, Physik, Technik, Naturwissenschaft, namentlich aber Sozialismus und Religionsphilosophie. Sehr wertvoll sind auch die Sammlungen, welche die schöne Literatur des Altertums, namentlich des Orients, betreffen.

Polen.

Zionistische Landeskonferenz in Krakau.

Die am 27. und 28. März in Krakau tagende zionistische Landeskonferenz in Westgalizien beschloß die Fusion der dortigen zionistischen Organisation mit der von Kronpolen und die Unterordnung unter das zionistische Zentralkomitee in Warschau, wodurch eine organisatorische Vereinheitlichung und Verschmelzung der Organisation in Polen geschaffen wurde. Sonst stand die Konferenz im Zeichen des Keren Hajessod und der Arbeit für diesen Fonds. Die Referate über die gegenwärtige Lage des Zionismus und die Richtlinien der Keren Hajessod-Aktion hielten Dr. Berkelhammer und Dr. Pilzer. Aus dem Referat Dr. Berkelhammers ist hervorzuheben, daß der Referent die Notwendigkeit eines Ausgleiches mit den amerikanischen Zionisten fordert, die überzeugt werden müssen, daß der Aufbau Palästinas mehr als eine rein technisch-kolonisatorische Unternehmung ist und daß die politische Lage in Europa nicht so steht, daß man die politische Arbeit zur Seite schieben und sich nur auf Fachleute verlassen könnte. In diesem Sinne wurde auch die Resolution der Konferenz gefaßt. Das Referat über die politische Tätigkeit hielt Dr. Thon der auch einen Ueberblick über die polnisch-jüdische Ausgleichsaktion gab. Das Referat wurde vom Deputierten Grünbaum nach der sozialpolitischen Seite hin ergänzt. Den beiden Deputierten wurde von der Landeskonferenz Dank und Vertrauen votiert. Bei der Neuwahl des Zentralkomitees wurde Dr. Thon mit begeisterten Akklamationen zum Vorsitzenden der Organisation wiedergewählt.

Rumänien.

Ein Studentenkongreß.

J. P. Z. — Am 19., 20. und 21. März fand in Bukarest in Anwesenheit von 101 Delegierten der erste Kongreß der jüd. Studenten Großrumäniens statt. Obwohl der Kongreß sich nicht mit politischen, sondern nur mit ökonomischen und Standesfragen zu befassen hatte, waren die Wahlen überall auf Grund der Parteizugehörigkeit der einzelnen Studenten vorgenommen worden. Die meisten Delegierten waren entweder Nationaljuden oder Sozialisten. Die gemeinsame Erkenntnis der ernsten Lage, die infolge des vom Kongreß der rumänischen Studenten in Cluj gleichsam offiziell sanktionierten Chauvinismus geschaffen wurde, drang rasch durch. Auf dem Kongreß wurde die Basis zur Gründung eines Landesverbandes der jüdischen Studierenden Großrumäniens gelegt, was auch den anderen jüdischen Organisationen den Impuls zu einer ehesten Vereinigung aller jüdischen Kräfte geben sollte. Von den Resolutionen und Motionen seien erwähnt: Das gegenwärtige philanthropische System soll durch ein kooperatives System ersetzt werden; der Staat und die Gemeinden sollen auch der jüdischen Studentenschaft gleich allen anderen Subventionen gewähren. Gründung von Speiseanstalten, Studentenheimen, Bibliotheken, Sportvereinen, sowie von gegenseitigen Unterstützungskassen wird beschlossen. Eine viergliedrige Studenten-Wirtschaftskommission, die die ökonomischen Fragen zu studieren hat, soll 4 Mal jährlich zusammentreten. Ein Landesverband der jüdischen Studenten mit Sitz in Bukarest wird gegründet. Mit Rücksicht auf die jetzigen Beziehungen zwischen der rumänischen und jüdischen Studentenvereinigung wird festgestellt, daß bisher kein neues offizielles Faktum eingetreten sei, das eine Aenderung der bisherigen Haltung veranlassen könnte. Sollte die rum. Studentenschaft ihre Haltung ändern, so sei die jüd. Studentenschaft zu einer Zusammenarbeit auf Grund gleicher Rechte und der Proporzvertretung bereit. An den Unterrichts- und Arbeitsminister wurde ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die wirtschaftlichen Organisationen der jüdischen Studenten vom Staate in keiner Weise unterstützt würden, während ähnliche rumänische Organisationen mit einigen Millionen Lei subventioniert werden. Die jüdische Studentenschaft erwarte daher Gewährung der ihrer Zahl entsprechenden materiellen Mittel seitens der Regierung.

Deutschland.

Aus der Generalversammlung des Hilfsvereines der deutschen Juden.

Am 4. April 1921 fand unter dem Vorsitz des Herrn Dr. James Simon die statutengemäße Sitzung des Zentralkomitees und die Generalversammlung des Hilfsvereins der Deutschen Juden in Berlin statt. Der Vorsitzende hielt vor Eintritt in die Tagesordnung einen warmen Nachruf auf den dahingeschiedenen Prof. Landau. Herr Dr. Bernhard Kahn erstattete darauf in kurzen Zügen den Geschäftsbericht.

Dem aus dem Vorstande wegen Arbeitsüberlastung ausgeschiedenen Geheimrat Timendorfer widmet der Vorsitzende herzliche Worte des Dankes für seine wirksame Mitarbeit seit Begründung des Hilfsvereins. Auch Herrn Dr. Bernhard Kahn, dem Generalsekretär des Hilfsvereins, der am 1. April aus demselben ausscheidet, drückt der Vorsitzende wärmsten Dank für seine in 18jähriger Wirksamkeit geleisteten Dienste aus. Herr Dr. Kahn trete jetzt in leitender Stellung in den Dienst des amerikanischen Joint Distribution Committee und werde künftig größere Aufgaben zu erfüllen haben, als sie gegenwärtig die deutsche Judenheit leisten könne.

Dr. Bernhard Kahn erstattet den Jahresbericht und greift dabei auf die Tätigkeit des Hilfsvereins während der Kriegszeit zurück, die das Ansehen des deutschen Judentums gehoben habe und in der ganzen Welt bekannter sei als in Deutschland. Nach der Okkupation im Osten begann der Hilfsverein die Grundlagen für das Hilfswerk zu schaffen, das nachher von den Amerikanern übernommen wurde und mit natürlich unvergleichlich höheren Summen bis auf den heutigen Tag fortgesetzt wird. Aus eigenen Mitteln hat der Hilfsverein für dieses Hilfswerk 7 Millionen Mark aufgebracht. Durch seine Vermittlung sind zur Linderung der Not im Osten weitere 70 Millionen Mark verteilt worden. Dazu kommt die regelmäßige Tätigkeit für das vor dem Kriege ausgedehnte Schulwesen. Bei Ausbruch des Krieges hatte der Hilfsverein 50 Bildungsanstalten mit 6700 Schülern und 148 Lehrern, davon 30 mit 30.000 Schülern in Palästina und in der asiatischen Türkei. Die Friedensausgaben für dieses Schulwerk betrugen eine halbe Million Mark jährlich. Nach Kriegsausbruch mußte sich der Hilfsverein vom Schulwerk in Galizien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland zurückziehen. Dagegen konnte in Palästina bis zum Einzug der Engländer der volle Betrieb aufrechterhalten bleiben. Für dieses Schulwesen wurden seit Kriegsbeginn zirka 3 Mill. M. verausgabt. Jetzt mußte sich der Hilfsverein auch vom palästinensischen Hilfswerk trennen. Das Schulwerk in Konstantinopel ist in seinem Weiterbestand durch die Amerikaner gesichert. Auch in Palästina ist das Schulwerk durch die Zionistische Organisation gesichert. Referent sagte dabei, daß der Hilfsverein sich von seinem Schulwerk und von seiner Kulturtätigkeit nicht zu trennen brauche. Der Hilfsverein der Deutschen Juden werde nicht aufhören, für den Orient, für Palästina, soweit die Verhältnisse es ihm gestatten, in sozialer und kultureller Arbeit tätig zu sein. Da er nur soziale, humanitäre und karitative Zwecke verfolge, stehe er über allen Parteien und könne mit allen Parteien arbeiten, ohne mit irgendeiner, die jüdische Interessen vertritt, in Konflikt zu geraten. Welche politische Form Palästina auch annehmen möge, die deutsche Judenheit würde und solle nicht vergessen, daß es das Land ehrwürdiger Erinnerung und jedem Juden heilig sei und daß die Mitarbeit an einem neuen Aufblühen eines jüdischen Palästina, das jetzt politisch und rechtlich gewährleistet sei, Pflicht eines jeden Juden bleiben würde.

Einsteins Lebenslauf.

Prof. Albert Einstein wurde im Jahre 1879 in Ulm a. D. als Sohn einer deutsch-jüdischen Familie geboren. Er besuchte das Gymnasium in München und studierte von 1896 bis 1900 Mathematik und Physik an der Technischen Hochschule in Zürich. Er hatte ursprünglich die Absicht, Lehrer zu werden, aber da er sich inzwischen hatte naturalisieren lassen, erhielt er einen Posten als Ingenieur am Schweizer Patentamt. Die Hauptgedankengänge seiner Theorien datieren aus jener Periode. 1909 wurde er außerordentlicher Professor der Universität Zürich. Später wurde er als ordentlicher Professor nach Prag berufen. 1913/14 bekleidete er das gleiche Amt an der Universität Zürich, als er die Aufforderung der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin erhielt, der Nachfolger Van't Hoffs zu werden. In Berlin führte er sein Werk der „Allgemeinen Relativitätslehre“ zu Ende. (1915/17). Professor Einstein hält auch Vorlesungen über verschiedene Spezialzweige der Physik an der Universität Berlin und ist ferner Direktor des Instituts

---

für das Haus führen, mit 15 Pfund? Wenn die Wohnung allein 5 Pfund kostet, das Minimum an Kost pro Kopf und Tag 10 Piaster, die Wäsche im Monat etwa 1 Pf. Wo bleiben dann die Anschaffungen, die Aerzterechnungen (eine Visite 50 Piaster bis 1 Pfund?) Ist es dann ein Wunder, wenn die Frau nicht mehr als zwei Kinder zur Welt bringt, oder wenn sie in ihrer Verzweiflung einen Beruf ergreifen will oder wenn sie außer Haus arbeiten geht, und sie sich doch vorkommt, wie ein ewiger Posten auf dem „Soll-Konto“ des Mannes, demgegenüber es keinen „Haben-Posten“ gibt? Es ist nur eine Form der Wirtschaftsführung da, welche Hoffnung gibt, welche wert ist, gepflegt zu werden, welche geeignet ist, den Aufbau Palästinas zu fördern. Das ist die Kwuzah.

Ich möchte hier drei Kwuzoth erwähnen.

1. **Daganjah**: in Galiläa, wundervoll gelegen, wenn auch ziemlich fiebergefährlich. Diese Kwuzah besteht schon lange. Dem Boden und der ganzen Siedlung sieht man die schon geleistete Arbeit an und er gibt auch schon sehr guten Ertrag, so daß alle Arbeiter gut und sorglos leben können. Hier haben alle, Männer und Frauen, das gleiche Einkommen. Die Ehepaare haben eigene Zimmer, die ledigen Arbeiter wohnen zu 3—4 Mann im Zimmer, ebenso die Mädchen. Gekocht wird dort durchaus nicht schlecht, und als ich dort war, stand eine Frau am Herd, die in wenigen Tagen ihre Niederkunft erwartete. Schwangere Frauen arbeiten im Stall und im Garten. Hier gibt es keinen Geburtenrückgang, denn jedem Kinde, das geboren wird, ist für die Zeit seiner Erwerbsunfähigkeit das Existenzminimum — Pflege, Erziehung, Unterricht — gesichert. Die Kinder wachsen auf Kosten der ganzen Kwuzah auf und nicht auf Kosten ihrer Eltern. Und sie erfreuen sich großer Zärtlichkeit und echter Liebe und sie werden besser und fortschrittlicher erzogen, als Kinder in sogenannten guten Familien.

2. Die Arbeiterkwuzoth: die nicht für sich, sondern für eine Gesellschaft arbeiten, die im Taglohn stehen und trotzdem geregelter und sorgloser leben, als einzelne Familien. Denn es gibt eben nicht auf je zwei oder drei arbeitende Menschen eine wirtschaftende Frau, sondern eine Frau besorgt die Wirtschaft für alle und hier gibt es keine „schlechte Ernährung, Unsauberkeit der Siedlung, unrationelle Verwendung der Mittel“ und auch keine „Unzufriedenheit und Freudlosigkeit“.

Kwuzoth von Art dieser beiden gibt es nun schon sehr viele im Lande und dem Uebelstand, daß die Mädchen nicht gut kochen, steuert die trotz der Krise im September eröffnete Kochschule für Arbeiterinnen in Jaffa.

3. Origineller ist eine Kwuzah, die von amerikanischen Christen (oder christlichen Amerikanern) gegründet ist. Ihre Mitglieder gehören den verschiedensten Berufen an und haben verschiedenes Einkommen, leben aber alle gleich in eigenem Hause und haben eigene Garten-, Feld- und Hauswirtschaft. Sie sind verbunden durch das Ideal, das Reich Christi zu verwirklichen und kamen nach Palästina, weil sie sich hier stärker fühlen und die Idee besser verwirklichen können.

Ich erwähne diese Kwuzah aus dem Grunde, weil ich der Ansicht bin, daß ähnliche Gemeinwesen unter der städtischen Bevölkerung zu begründen eine viel edlere, zweckmäßigere und segensreichere Aufgabe einer gut begründeten Frauenorganisation sein müßte.

Wenn ich auch zweifle, daß bei uns die Idee eine so starke Liebe erweckt, wie bei jenen Amerikanern, wenn vielleicht zu einer kommunistischen Gemeinsamkeit die einzelnen Familien nicht die Kraft aufbringen werden, so gibt es ja heute schon in Europa eine Menge Erfindungen, welche das „Wirtschaften“ abschaffen, oder wenigstens die Möglichkeit geben, daß für 20 Familien nicht 20 Frauen und 20 Dienstmädchen einkaufen gehen, Kinder baden, kochen, räumen, waschen, sondern durch das Einküchenhaus z. B. die Arbeit des Kochens zentralisieren; der Heimhof (Wien XIX) z. B. ist auch eine Einrichtung, welche hier nachzuahmen viel Sinn und Nutzen hätte. Merkwürdig ist doch z. B., daß die Kochkiste hier fast unbekannt ist und daß man auch keine zu kaufen bekommt.

Daß es z. B. keine Heime für Lehrer und Lehrerinnen gibt; daß der Lehrer sein kleines Gehalt an Wohnungswucherer abgibt und den Rest an Garküchen, die sich mit etwa 100 Prozent Nutzen begnügen; daß es keine richtigen Spielwaren und Bilderbücher gibt, sind auch Mängel, denen eine Frauenorganisation durch die richtigen Maßnahmen abhelfen könnte.

Es gibt viele Möglichkeiten für eine Frauenorganisation, aber vor großen Schlagworten, vor allem vor einer Ueberhebung der Europäer über die Palästinenser warne ich sehr.

Die palästinensische Bevölkerung ist ein in Wachstum und lebendiger Entwicklung befindlicher Körper, der Krisen überdauert, Schwierigkeiten überwunden, Opfer um Opfer gebracht hat und wir, die wir von draußen kommen, haben die Pflicht, erst einmal stillzustehen und zu lauschen. Erst wenn wir das Leben hier in uns aufgenommen haben, können wir eingreifen. Und dann werden wir besser sind, aber weil wir auch manches verbessern. Nicht, weil wir noch erfüllt sind von dem Geiste einer alten reichen Kultur, die zu genießen, wir das Glück hatten.

Mag meine Antwort auch nicht eben freundlich klingen, so ist sie doch ehrlich gemeint und im Grunde werden viele Frauen Palästinas die gegründete Organisation begrüßen, wenn sie nur die erste Pflicht erfüllt, — nicht abgetragene fremde Sitten nach Palästina einzuschleppen.

Margalit Obernit.

für physikalische Forschungen der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft.

Italien.

Ernst Nathan gestorben.

J. P. Z. In Rom ist am 8. April Ernesto Nathan im Alter von 76 Jahren gestorben. Nathan, ein eingewanderter englischer Jude, war vor ungefähr 30 Jahren italienischer Bürger geworden und bekleidete von 1899 bis 1905 und 1917 das Amt des Großmeisters der politischen Freimaurerei. Er war auch s. Zt. Bürgermeister von Rom. Als 70jähriger zog er 1915 als freiwilliger Offizier an die Front.

Frankreich.

Josef Reinach.

In Paris ist Josef Reinach im Alter von 65 Jahren (nicht 85, wie irrtümlich gemeldet) gestorben. Reinach wurde 1856 in Paris geboren und gehörte der bekannten Familie Reinach an, welche aus Frankfurt a. M. nach Frankreich eingewandert war. In frühen Jahren wandte sich Reinach der Politik zu und wurde einer der eifrigsten Anhänger Gambettas, der ihn auch zu seinem Kabinettschef ernannte. Reinachs Politik war stets durch die Gegnerschaft gegen die Richtung Boulangers gekennzeichnet, der er auch als Publizist unentwegt Ausdruck verlieh. Er wurde wiederholt als Deputierter in die Kammer gewählt und hat eine Reihe historischer, literarischer und politischer Werke herausgegeben. Er war einer der ersten Vorkämpfer für Dreyfus' Unschuld und die Geschichte dieses Prozesses, welcher er sechs Bände widmete, hat in ihm ihren Historiker gefunden. Reinach war der Bruder des bekannten Gelehrten Salomon Reinach, dessen Tätigkeit im Präsidium der Alliance Israelite Universelle und dessen vehemente Gegnerschaft gegen die Arbeit des Zionismus allgemein bekannt ist. Auch Josef Reinach hat sich viel mit dem Judentum beschäftigt und es zur Freude aller Antisemiten auf das Niveau eines totemistischen Aberglaubens" herabdrücken wollen.

England.

Misrachi.

Am 3. April wurde in der großen Synagoge Commercial Road in London ein Massenmeeting des Misrachi abgehalten. Rabbi Schwartz appellierte an die orthodoxen Juden, zur Keren Hajessod-Aktion beizutragen, damit der Misrachi in den Stand gesetzt würde, den an ihn gestellten Ansprüchen nachzukommen. Farbstein skizzierte das Erziehungsprogramm des Misrachi in der Diaspora. Rabbi Wilner betonte die Wichtigkeit der Jugendbewegung. Leo Voß sagte, daß die neue Exekutive der Zion. Org. ohne Befragen des Misrachi ernannt worden sei. Er appellierte an die Orthodoxie, Schekel zu kaufen, um den Misrachi in die Lage zu setzen, am nächsten Kongreß seine Forderungen bez. Vertretung in der Zion. Kommission zur Geltung zu bringen.

Amerika.

American Palestine Company.

J. P. Z. — Auf einem am 20. März im „Jewish Centre" stattgefundenen Bankett wurde die Gründung einer Gesellschaft zwecks Schaffung und Entwicklung verschiedener Industrien in Palästina bekanntgegeben, der zweihundert der reichsten Newyorker Juden angehören und der bereits jetzt über 1 Mill. Doll. zur Verfügung stehen. Hauptgründer dieser „American Palestine Company" ist Doktor Benderli, der den ganzen Plan gelegentlich eines letzten Besuches in Palästina ausgearbeitet hat, sowie deren Präsident S. Lampert. Louis Marshall, der Toastmaster dieses Bankettes rief mit seiner Rede große Begeisterung hervor, in der er u. a. sagte, Palästina sei unser Land und die Welt müsse sehen, daß es uns ernst damit war, als wir sagten, daß wir Palästina zu haben wünschten. In einem an Samuel übersandten Kabel wird versichert, daß die American Palestine Company es auf sich nähme, zahlreiche, für das Land sehr nötige Industrien aufzubauen. Von Mond war ein Glückwunschschreiben zur Gründung der erwähnten Gesellschaft eingetroffen.

Vom Misrachi.

J. P. Z. — Im Verlaufe des laufenden Finanzjahres seit Mitte Oktober bis Februar, wurden vom Misrachi in Amerika an die Misrachiweltzentrale in Palästina 29,662 Dollar überwiesen. Außerdem hat die Guarantee Trust Company in Newyork auf Rechnung des Misrachi weitere 5000 Dollar nach Palästina überwiesen, die vom amerikanischen Misrachi in allernächster Zeit wiederzuerstatten sind. Die Subvention wurde größtenteils für die Erhaltung der religiös-nationalen Schulen in Palästina verwendet.

Weizmanns Amerikareise.

Die der „J. P. Z." bis Redaktionsschluß vorliegenden amerikanischen jüdischen Zeitungen, die bis zum 1. April reichen, sind voll der Berichte über die Vorbereitungen für den geplanten grandiosen Empfang zu Ehren der unter Führung Weizmanns stehenden zionistischen Amerikadelegation. Da von der offiziellen zionistischen Bürokratie, wie die zionistische Leitung der Fifth Avenue von den amerikanischen Zeitungen genannt wird, nicht viel zu erwarten war, hat sich unter Führung von Hartmann und Rosenblatt ein besonderes großes, sogenanntes Hundertkomitee, gebildet, das fieberhafte Vorbereitungen für den Empfang trifft. Auch Stadtpräsident Hylan hat ein besonderes städtisches Komitee eingesetzt, dem auch viele Nichtjuden angehören, darunter auch der ehemalige Staatssekretär Polk, das den von der Stadt New York als solcher veranstalteten Empfang im Rathaus möglichst feierlich gestalten soll. Wie aus den Berichten der einzelnen Distrikte ersichtlich ist, hat sich der jüd. Bevölkerung New Yorks — aber zum Teil auch Amerikas — eine ungeheuere Begeisterung bemächtigt. Von dem von der offiziellen Leitung für den 10. April anberaumten offiziellen Empfange spricht ja niemand, dageben sollen der Empfang im Hafen, wie auch alle späteren Festlichkeiten die Form von grandiosen Volkskundgebungen annehmen. Inzwischen geht die Auseinandersetzung mit der offiziellen Exekutive wegen der von Mack eingebrachten und mit 14 Stimmen bei 10 Stimmenenthaltungen angenommenen Grundlage der Verhandlungen mit Weizmann, resp. die Zersetzung der Exekutive weiter. Zu den 10, gegen dieses Memorandum öffentlich protestierenden Mitgliedern (s. „J. P. Z." 138), ist Ab. Goldberg als 11. Exekutivmitglied beigetreten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Weizmann, getragen von der Volksgunst der amerikanischen jüdischen Massen, in der allgemeinen Stimmung in Amerika einen starken Rückhalt für die Durchsetzung seiner Prinzipien finden. Fast die gesamte jüdische Presse — und diese dürfte doch das Volksempfinden am besten wiederspiegeln — nimmt für Weizmann Partei.

Wie weitere Telegramme besagen, sind Weizmann, Ussischkin, Einstein und Doktor Mossinsohn — Zlatopolski soll erst später nachkommen, resp. seine Amerikafahrt vorläufig überhaupt aufgegeben haben — am Samstag Nachmittag, den 2. April in New York eingetroffen. Sie warteten das Sabbathende ab, da sie nicht am Samstag an Land gehen wollten, und wurden in einem vom Bürgermeister besonders zur Verfügung gestellten, sogenannten „Mayors-Kutter", der mit der amerikanischen und jüdischen Flagge versehen war, vom Schiffe abgeholt. Bei der Fahrt durch die Stadt harrt ihrer eine unübersehbare Menge — ein Bericht spricht sogar von 1 Million — von der sie enthusiastisch akklamiert wurden. Auch die nichtjüdische Presse widmet der Delegation spaltenlange Berichte und hebt die Bedeutung der Teilnahme Einsteins für die weitere Entwicklung des Zionismus hervor. Der Triumphzug Weizmanns lasse sich nur mit dem Empfange Roosevelts nach seiner Rückkehr von Uganda vergleichen. Beim Empfange im Rathause war die große Halle von einer vieltausendköpfigen Menge, Juden wie Nichtjuden, überfüllt, ebenso der große Park rings ums Stadthaus, wo Zehntausende, die keinen Einlaß in die City-Hall mehr fanden, geduldig ausharrten. Nach Vorstellung durch Judge Rosenblatt, wurde die Delegation von Stadtpräsident Hylan und dem Attorney General Wykenham begrüßt. Auch das Stadthaus war blau-weiß beflaggt. Im Hotel Commodore, wo Weizmann abgestiegen ist, wurde von den zionistischen Führern ein intimer Empfangsabend veranstaltet. Am 10. sollte sodann das von der offiziellen Leitung einberufene große zion. Begrüßungs-Emeeting in der Metropolitan-Oper stattfinden, während die vom Empfangskomitee organisierte große Volkskundgebung die für früher geplant war, für den 11. April verschoben wurde, um alle nötigen Vorbereitungen in großem Maßstabe durchführen zu können. Diese Volkskundgebung wird im Riesen-Armoursaale stattfinden.

Von der Einwanderungsbill.

J. P. Z. — Laut dem New Yorker „Vorwärts" soll Präsident Harding seinen nächsten Bekannten erklärt haben, er werde sich bei seiner Partei bemühen, daß die neue Immigrationsbill nicht auf einer der ersten Sitzungen des Kongresses zur Beratung gelange. Sie solle auf unbestimmte Zeit verschoben werden, und jedenfalls sei es noch eine Frage von Monaten, bis die Bill Gesetzeskraft erlangen werde. Gleichzeitig habe Harding erklärt, er hätte den Außenstaatssekretär aufgefordert, alle amerikanischen Vertreter in den Emigrationsländern anzuweisen, Emigranten, die zu ihren Verwandten nach Amerika reisen, keine Schwierigkeiten zu bereiten. — Im Widerspruch zu dieser Meldung steht allerdings eine Aeußerung Johnsohns, des Vaters der Einwanderungsbeschränkungen im Repräsentantenhause, die er nach einem Empfange bei Harding getan hat, wonach Harding für die lex Dillingham sei und daß bald nach Eröffnung der außerordentlichen Session am 11. April die Bill Dillingham angenommen und die Einwanderung auf 3 Prozent beschränkt werden dürfte.

Politische Chronik.

Baeran contra Beran.

Was ist denn los? Bruderzwist in Brünn? Nein! Androhung eines Streikes der Angestellten der Brünner Kultusgemeinde. Nun? Und Beran will nicht? Kann Beran nicht wollen, wenn Baeran will. Baeran ist Dr. Alois Baeran. Abgeordneter von Brünn, Obmann des Freien deutschen Mittelstandes, Listenführer der deutsch-demokratischen Freiheitspartei, Antisemit trotzdem. Beran hingegen ist nur Präsident der Brünner Kultusgemeinde, Mitglied der deutsch-demokrat. Freiheitspartei und heißt nicht Alois, sondern Sami. Alois kann doch Samin nicht hassen. Wie denn auch. Der ganze Ausschuß der Kultusgemeinde, sogar der verstärkte, ist doch deutsch bis auf 5 oder 6 Mitglieder, die gut jüdisch sind, er zählt doch sogar Häupter der deutsch-demokrat. Freiheitspartei zu seinen Repräsentanten. Was aber nicht hindert, daß das „Brünner Montagsblatt", Aloiseus Organ, diese deutsche Repräsentanz angreift. Es nennt die Kahalagewaltigen Brünns hartherzig, weil sie den Gemeindeangestellten weniger Monatslohn zahlen als ihren Fabrikangestellten an Wochenlohn. Aber da tat das „Montagsblatt" dem Herrn Präsidenten Beran Unrecht. Er ist ja nicht allein. Es sitzen, zumal im verstärkten Ausschuß, noch größere Fabrikanten, als er ist. Aber den verstärkten Ausschuß geht ja die Gehaltsregulierung nichts an, der hat nur die Wahlreform durchzuführen. Wahlreform? Wo? In Brünn natürlich. Denn, die gewählten Herren haben doch vor der Wahl in einem Aufrufe an ihre Wählerschaft so etwas, wie Wahlreform versprochen. Aber da diese Herren einer demokratischen Partei angehören, so wollen sie von einer menschenwürdigen Bezahlung ihrer Gemeindeangestellten nichts wissen, was denn auch! Menschosim und Domestiken haben zu schweigen, und allgemeines Wahlrecht gibt es auch nicht. Das wäre für eine demokratische Partei zu demokratisch, dann kämen am Ende lauter Zionisten in die Kultusstube und das wäre doch der Ruin der israelitischen Kultusgemeinde.

Der Skandal muß schon sehr groß geworden sein, wenn ein antisemit. Blatt trotz Wahl- und Qualgemeinschaft Herrn Sami Beran angreift. Aber es tat diesen Herren Unrecht, sie sind nicht hartherzig. Der Präsident sicherlich nicht. Der gibt auch für jüdische Sachen. Er ist leider zu gutherzig. Sein gutes Herz ist den Einflüssen seiner Ratgeber zu willfährig. Die anderen aber alle, alle sind sehr ehrenwerte Leute, sie haben ein Herz für deutsche Wahlgemeinschaften, ich meine ein gutes deutsches Herz. Sie alle wähnen als Deutsche geboren zu sein, und wollen als Deutsche sterben. Sie alle unterstützen den deutschen Kulturverband, weinen über den deutschen Kulturraub, finanzieren das Deutsche Theater — aber jüdische Sachen! Nein, man kann sich doch damit nicht beschäftigen. Für jüdische Kultusangestellten Geld ausgeben! Nein. Lieber die Schande tragen, im „Montagsblatt" angegriffen zu werden, lieber die deutsch-demokrat. Freiheitspartei unterstützen und Herrn Dr. Alois Baeran wählen.

Und ich wette, diese Herren werden noch einmal Dr. Alois Baeran zum Abgeordneten wählen, denn der Koved ist größer einen Antisemiten gewählt zu haben, wie ihn zu stürzen, schließlich tut man es doch nur im Hinblick auf deutsche „Belange." Man wählt ja nicht den Antisemiten Baeran, sondern den Deutschen Baeran, und da wird auch Beran nicht fehlen!... Sie haben eine Gewüre!

Erez Israel.

Politisches.

Jüdisch-arabische Verständigungs-Konferenz.

Nach einer Meldung des „Times" hat Emir Abdullah geäußert, daß eine Konferenz führender arabischer und jüdischer Persönlichkeiten in Palästina notwendig sei, um eine völlige Verständigung herbeizuführen. Die Araber würden dann wahrscheinlich feststellen, daß der Zionismus sie in keiner Weise bedrohe, wie dies häufig befürchtet werde. (ZK).

Die Zukunft des Ostjordanlandes.

Emir Abdullah, der mächtigste Scheik des Ostjordanlandes, ist nach einer Meldung der „Times" mit der palästinensischen Regierung in Verhandlungen getreten wegen endgültiger Regelung der Verhältnisse des Ostjordanlandes. Es soll eine zentrale starke Verwaltung eingesetzt werden. Dem Emir Abdullah wird ein britischer Beamter als Verbindungsmann beigegeben werden. (ZK).

Wirtschaftliches.

Der palästinensische Handel im Februar.

Im Februar wurden in Palästina Güter im Werte von 400.000 äg. Pfund eingeführt, wogegen der Export nur 59.000 äg. Pfund betrug. Von den Haupteinfuhrländern entfielen 155.000 Pfund auf England, 64.000 auf Aegypten, 34.000 auf Indien, 25.000 auf Nordamerika, 26.000 auf Holland, 21.000 auf Italien und 15.000 auf Frankreich. Die wichtigsten Einfuhrgüter waren Kohle, Zucker und Baumwolle. (Z. K.).

Deutsche Lieferungen von Fabrikeinrichtungen.

Die zionistischen Industriellen Gutkind, Weiler und Kahen aus Riga erwarben, wie die „Standard" Industrie- und Baubedarf-Gesellschaft m. b. H. (Berlin) mitteilt, in Deutschland die Einrichtung einer Konfitürenfabrik, welche in Jaffa errichtet werden und die Herstellung von Fruchtmarmeladen, sowie von Schokolade, Karamels und die Verarbeitung von Mandeln ausführen soll. Es handelt sich um Motoren, Dynamos, Walz-, Mahl- und Schälapparate, Pressen usw. Unterhandlungen wegen Ankaufs der Einrichtung einer Zementfabrik sind im Gange. (Z. K.).

Güterverkehr.

Wie die „Palestine Company Hiram Ab." mitteilt, verläßt der Dampfer „Rovabella", welcher in Palästina anlegt, Hamburg am 20. April, und der Dampfer „Alexandria" Hamburg am 25. April. (Z. K.).

Wiederbeginn der Konzessionserteilungen.

Im englischen Unterhause teilte Staatssekretär Amery auf eine Anfrage des Abgeordneten Leonhard Leyle mit, daß infolge der neuerlichen Verzögerung in der Ratifizierung des Friedens von Sevres die Erteilung von Konzessionen in Palästina zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wieder aufgenommen werden solle, soweit die Konzessionäre sich verpflichten, die Mandatsbedingungen genau einzuhalten, und die Konzessionen nicht in Konflikt mit irgend welchen bereits bestehenden geraten. Nur solche Konzessionen, welche die Gewinnung und Verarbeitung von Oelen und Mineralien betreffen, sollen nicht vor dem formellen Inkrafttreten des Friedens von Sevres erteilt werden. (Z. K.)

Freigabe der Getreideausfuhr.

Infolge der sehr günstigen Ernteaussichten in Palästina hat die palästinensische Regierung sich entschlossen, die Ausfuhr von Weizen und Mehl nunmehr freizugeben. (Z. K.).

Der Eisenbahnverkehr Haifa—Damaskus.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Haifa und Damaskus, der vor einigen Monaten durch den Ueberfall der Beduinen auf die Station Wadi Kel im Yarmuktal gestört worden war, ist nunmehr wieder freigegeben. Der Platz des Ueberfalls liegt auf französischen Gebiet; eine Sühne durch die französischen Behörden ist bisher nicht vorgenommen worden. Es steht zu hoffen, daß die Behörden nunmehr ernste Sicherheitsmaßregeln treffen werden. (Z. K.).

Kulturelles.

Die Pläne für die Universität Jerusalem.

Nach den bisherigen Plänen soll die Universität Jerusalem einerseits eine Fakultät für jüdische und orientalische Wissenschaften (Philologie, Literatur, Geschichte, Recht, Archäologie, Religion und Philosophie) enthalten, welche sich vorwiegend mit der jüdischen aber auch mit der arabischen und sonstigen Wissenschaften befaßt. Diese Fakultät wird auch sogleich als Lehrinstitut eingerichtet werden und sämtliche Grade verleihen. Ein Forschungsinstitut für die hebräische Sprache schließt sich an. Weiter sind ins Auge gefaßt für den Anfang reine Forschungsinstitute für Physik, Chemie und Mikrobiologie. Eine Schule für Rechts- und Staatswissenschaft soll der Universität angefügt werden. (ZK).

Die Besiedlung.

Ansiedelung von Kolonistensöhnen.

Um in besonderer Weise für die Ansiedlung von Söhnen jüdischer Kolonisten in Palästina Sorge zu tragen, hat sich eine Vereinigung „B'ne Benjamin" gegründet. Es sollen anfänglich 2[illegible] Mitglieder angesiedelt werden, von denen jeder 50 Dunam Boden erhalten soll; das Geld wird aus privaten Mitteln bereitgestellt (ZK)

Kosten des Häuserbaues.

Die palästinensische Häuserbau-Gesellschaft „Haboneh" verkauft zur Zeit aus vier Zimmern bestehende Häuser zum Preise von ca. 25.000 Schweizer Franken, wobei die Zahlung zur Hälfte beim Kauf und zur anderen Hälfte nach 6 Monaten zu erfolgen hat. (ZK).

Die deutschen Benediktiner wieder in Jerusalem.

Die deutschen Benediktiner auf dem Berge Zion, die im November 1918 Jerusalem hatten verlassen müssen, sind in diesen Tagen auf Grund der vom Oberkommissar Sir Herbert Samuel erteilten Erlaubnis nach dort zurückgekehrt. Sie haben Kloster und Kirche in gutem Zustande vorgefunden. Die Rückreise erfolgte über Rom, wo sie vom Papste empfangen wurden. (ZK).

Offizieller Teil.

Juden in der Tschechoslowakei.

Es gibt keinen Juden, dem nicht die hebräische Sprache geheiligt wäre, geheiligt als die Form, in der die erhabensten Gedanken der Menschheit zuerst ausgesprochen wurden, geheiligt als der Niederschlag jahrtausend alten Leides und Glückes.

In dem Verhältnis zur hebräischen Sprache und zum hebräischen Schrifttum, drückt sich der Anteil der Juden am Judentume aus. Dieses Verhältnis gilt es zu stärken und zu vertiefen.

Es hat sich in Prag eine „Gesellschaft zur Förderung der hebr. Sprache u. Literatur für die Tschechoslowakei" gebildet, die fern von jeder politischen Parteirichtung, auf breitester Grundlage aufgebaut, ihre Tätigkeit über die ganze tschechoslowakische Republik ausdehnen will und eine Zentrale für die planmäßige Förderung des Hebräischen werden soll.

Durch Schaffung von Kursen, durch Beistellung von Wanderlehrern und Wanderbibliotheken, soll es auch in den kleinsten Orten möglich werden, das Hebräische als lebende Sprache oder als Sprache des alten Schrifttums zu erlernen. Durch Vermittlung von Büchern und Zeitschriften aus Bibliotheken und Vereinen, durch Hinweis auf neue Erscheinungen in einem Mitteilungsblatte, durch Vermittlung direkter Fühlungnahme unter den Mitgliedern, will die Gesellschaft ihren Mitgliedern bedeutende Vorteile bieten.

Aber nicht nur die Hebräisch Lernenden und die des Hebräisch Kundigen sollen Mitglieder der Gesellschaft werden, sondern alle, die an der Förderung des Hebräischen Interesse haben, sollen durch ihren Beitritt ihre ideelle Teilnahme betätigen und für die allgemeine Hebung der hebräischen Kenntnisse mitwirken.

Auf jeden Einzelnen kommt es an!

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10 Kc jährlich. — Adresse: Prag, Dlouhá tr. 22.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Irrtümlich sind Aufrufe zur Schekelzahlung auch an eine Reihe von Gg. versendet worden, die bereits gezahlt haben. Wir bitten, dies zu entschuldigen, und daraus nicht etwa zu schließen, daß die Schekelgelder nicht richtig abgeführt worden seien.

Zionist. Ortsgruppe Mähr.-Ostrau.

*

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahawath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

Die Bibliotheksstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von ½6 bis ½7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

Aus der Theaterkanzlei.

Dienstag, den 26. April letzte Aufführung der Oper „Tosca" von Puccini in Folge 4 braun

Mittwoch, den 27. April letzte Aufführung der großen Oper „Tristan und Isolde" von Richard Wagner in Folge 3 blau

Unmittelbar vor Abschluß der Spielzeit bringt das Deutsche Theater noch drei Aufführungen, die sowohl durch das zur Darstellung gelangende Stück wie durch die Mitwirkung zweier hervorragendster Gäste das größte Interesse erregen, und zwar Donnerstag, den 28. April (Folge 2 gelb); Freitag, den 29. April (Folge 3 grün) und Samstag, den 30. April (Folge 4 braun) werden nämlich Traute Carlsen vom Wiener Burgtheater und Anton Tiller vom Dresdner Stadttheater in dem Sensationsschauspiel „Geständnis", dem großen Erfolgstücke der dieswinterlichen Wiener Spielzeit, gastieren.

Ung.-Ostra.

In den verflossenen zwei Monaten wurde gleichfalls innerhalb der zion. Organisation rege gearbeitet.

Es fanden vier Diskussionsabende statt, an welchen folgende Vorlesungen und Vorträge gehalten wurden: „Was ist nationale Erziehung?" (Frl. Berta Grünfeld), „Große oder kleine Einwanderung?" (Frl. Jella Czech), Presse-Referat (Herr Jos. Wagner), „Die Aufgaben des 2. tschechoslow. Zionistentages (Herr Fränkel). An dieses letztere Referat knüpfte sich eine überaus rege Debatte, in welcher über alle aktuellen Fragen und Probleme, die der Zionistentag zu lösen haben wird, eingehend gesprochen wurde.

Am 14. Februar fand der erste Palästina-Lichtbildervortrag statt, welcher großes Interesse erweckte. Der Palästina-Referent Herr Jos. Wagner gab zu den Bildern die nötigen Erklärungen und erntete für seine Ausführungen reichen Beifall.

Vor dem Lichtbildervortrag sprach der Obmann der Ortsgruppe in sehr eindringlicher Weise über „Keren-Hajessod". Seine überzeugenden Ausführungen und sein Appell an die Anwesenden hatten einen schönen finanziellen Erfolg.

Im März fand eine Vollversammlung der Ortsgruppe statt, bei der unter anderem auch der Delegierte zum Zionistentag gewählt wurde

Die Nationalfondsarbeit geht erfolgreich vorwärts. Der auf das erste Quartal entfallende Kontingentanteil per 2000 Kr. wurde fast erreicht.

Die 2. Rate für den Arbeitsfonds des N. F. wurde termingerecht abgeführt.

Die neuen Statuten unserer Kultusgemeinde sind fertiggestellt. Auf Grund einer Resolution der zion. Ortsgruppe und der Leitung der „Ivria" wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen vom 21. Lebensjahre angenommen.

Jüdischer Sport

Jägerndorfer Sportverein Reserve—Hakoah Troppau 2:2. Der durch 2 Ia-Leute verstärkten Reserve der Jägerndorfer trat eine geschwächte Hakoahmannschaft entgegen. Vollkommen offenes Spiel. Jägerndorf erzielt das erste Tor. Groß II gleicht bald darauf durch einen Freistoß aus. Nach der Halbzeit muß der sonst sehr gute Tormann Winterberg einen leichten Schuß passieren lassen. Gleich darauf gleicht Wurzel nach hübscher Kombination wieder aus. Bei Hakoah sehr gut Groß I, Haas II, Jojo, Wurzel Groß II. Der Schiedsrichter sehr gut.

Die Bilanz der Živnostenska banka.

Wir haben bereits kurz gemeldet, daß die Bilanz der Živnostenska banka, welche vom Verwaltungsrate bereits genehmigt wurde, mit einem Reingewinne von 41 Millionen abschließt, aus welchem eine Dividende von 12 Prozent gleich 24 Kronen (i. V. 9 Prozent) zur Verteilung gelangt.

Die Bilanz wurde nach dem neuen Schema des Finanzministeriums gemacht. Dieses Schema unterscheidet sich in wesentlichen Punkten vom bisherigen Schema.

Das Bilanzkonto weist folgende Posten auf: Aktiva: Kassa 120,659.048, sofort fällige Forderungen 558,994.462, Devisen und Valuten 8,713.385, Wechsel 617,288.130, Wertpapiere 376,200.394, Syndikatsbeteiligungen 13,662.213, Debitoren 3,009,322.344, hypothekarische Forderungen 30,155.000, Realitäten 19,322.278. Transitorische Aktiva: 45,571.154, übrige Aktiva 18,537.679, Summa 4.818,860.230.

Passiva: Aktienkapital 200,000.000, eigene Reserven 101,130.844, andere Reserven und Fonds 1,994.854, Kapitalsdeckung für Pensionen 82,220.901, eigene Obligationen 30,155.000, Einlagen auf Wechsel und Kassenscheine 726,057.878, Kreditoren 3.508,300.940, unbezahlte Kupons 121.000, unbezahlte Dividenden 1,132.519, transitorische Passiva 81,833.536, sonstige Passiva 99,954.643, Reingewinn Vortrag 1919 1,603.365, Reingewinn 1920, 39,321.246, zusammen 40,924.612, Summa 4.818,806.230.

Das Gewinn- und Verlustkonto ergibt folgendes Bild:

Ausgaben: Zinsen 175,915.939, Verwaltungsauslagen 71,741.780, Steuern und Gebühren 8,127.683, Abschreibungen 486.766, diverse Ausgabsposten einschließlich Masarykfonds 7,986.659, Kapitalsdeckung der Pensionen 13,353.088, Reingewinn 40,924.612, Summa 318,568.528.

Einnahmen: Uebertrag 1919 1,603.365, Zinsen 264,569.612, Provisionen 34,848.061, diverse Gewinne 17,547.489, Summa 318,568.528.

Die Bank fügt der Bilanz eine Erleuterung bei, der wir folgendes entnehmen:

Unter den Passiven ist das Aktienkapital mit 200,000.000 Kronen wie für das Jahr 1919 angeführt. In diesem Jahre arbeitete aber bloß ein Kapital von 120,000.000 Kronen das ganze Jahr und 40,000.000 Kronen das halbe Jahr, während die noch übrigen 40,000.000 Kronen erst Ende 1919 eingezahlt wurden und demnach erst vom 1. Jänner 1920 in dem Betriebe arbeiten konnten. Die eigenen Reserven in der Bank machten 97,312.180 Kronen aus und erhöhten sich um 3,888.164 Kronen. Mit der der Generalversammlung beantragten Dotierung werden sie neuerlich um 12,565.945 Kronen steigen und demnach nach der Generalversammlung 113,696.289 Kronen erreichen.

Die Einlagen auf Büchel zeigen eine Erhöhung von 10 Prozent und alle übrigen Einlagen einen Zuwachs von 800 Millionen Kronen, so daß der Bank im abgelaufenen Jahre an fremden Mitteln um 1150 Millionen anvertraut waren. Transitorische Posten und transitorische Passiven, die für das Jahr 1919 nicht angeführt waren, werden diesmal mit 181,288.179 Kronen angeführt.

Was das Gewinn- und Verlustkonto betrifft, so zeigen die Ausgaben mit 102 Millionen ein Anwachsen um 59 Millionen gegenüber dem Jahre 1919; die Einnahmen mit 142 Millionen ein Anwachsen um 78 Millionen gegenüber dem Jahre 1919. Im einzelnen ist dazu zu bemerken: Die Gehalte, Wohnungszulagen, Remunerationen usw. sind um 34,918.138 Kronen gewachsen. Dazu kommt noch die Dotation für die Kapitalsdeckung, für Pensionsfonde, die sich wieder um 13.3 Millionen erhöhte. Der Aufwand für die Verwaltung erforderte um 12 Millionen mehr. Verschiedene Ausgaben mit Einschluß der Spende für den Masarykfond machte fünf Millionen aus. Die Einnahmen an Zinsen machen 88.6 Millionen aus und ergeben einen Zuwachs von 47.8 Millionen, also um 120 Prozent. Die Erträgnisse des Bankgeschäftes außer den Zinsen werden in einem einheitlichen Betrage zusammengefaßt und machen 52 Millionen aus, sind also um 30 Millionen oder 150 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen.

Der Reingewinn, der der Generalversammlung zur Verfügung steht, entspricht dem doppelten Reingewinne des Vorjahres und mit Einrechnung der Kapitaldeckung für die Pensionsfonde 54 Millionen. In der Bilanz erscheint der Reingewinn mit 40.9 Millionen gegen 20.9 Millionen im Vorjahre ausgewiesen. Die Generalversammlung wird am 7. Mai 1921 stattfinden.



Samstag, den 7. Mai 1921

um 10 Uhr vormittags wird im Sladkovsky-Saale des Gemeindegasthauses der Hauptstadt Prag

die

55. ordentl. General-Versammlung

der Aktionäre der

Živnostenská banka in Prag

stattfinden, wozu die stimmberechtigten Herren Aktionäre hiemit eingeladen werden.

Programm:

1. Jahresbericht und Rechnungsabschluß.
2. Bericht des Revisionsausschusses.
3. Antrag des Verwaltungsrates auf Verteilung des Reingewinnes.
4. Antrag auf Aenderung der Statuten.
5. Wahl in den Verwaltungsrat.
6. Wahl in den Revisionsausschuß.

Jene P. T. Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen und welche als solche am 31. Dezember v. J. in den Aktienbüchern der Bank eingetragen waren, können die nach § 12 der Statuten*) zur Ausübung ihres Stimmrechtes erforderlichen Aktien bis 29. April d. J. bei der Kassa der Bank in Prag oder deren Filialen gegen Empfangnahme der Legitimationskarte zur Generalversammlung hinterlegen. Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlustkonto liegen im Bureau der Bank für die P. T. Aktionäre zur Einsicht auf.

Prag, am 21. April 1921.

Der Verwaltungsrat.

*) § 12 der Statuten: Stimmberechtigt in der Generalversammlung sind jene Aktionäre, welche mindestens 20 auf ihren Namen lautende Aktien besitzen, deren Besitz am 31. Dezember des vorhergehenden Jahres in den Aktienbüchern der Bank eingetragen war. Mit je 20 weiteren Aktien wird je eine Stimme mehr erworben. Die zur Ausübung des Stimmrechtes nötigen Aktien müssen samt den nichtfälligen Kupons acht Tage vor Abhaltung der Generalversammlung bei der durch den Verwaltungsrat bezeichneten Kasse deponiert werden.

Nachdruck wird nicht honoriert.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich [illegible]